

Bühlertal (kkö). An die Informationen der Initiative „Windkraftfreies Grobbachtal“ schloss sich eine rege Diskussion an. Nicht nur politische Vertreter wie MdL Bea Böhlen (Die Grünen) und der Bühlerländer Bürgermeister Hans-Peter Braun äußerten sich, sondern auch viele Bürger – teils sichtlich betroffen angesichts des dargestellten Szenarios. Böhlen kritisierte die Visualisierungen unter Hinweis auf ein Schreiben des Landesamts für Denkmalpflege als nicht realistisch, was Gernsbeck nicht gelten ließ: Ein ähnlicher Fall habe ergeben, dass diese Art der Visualisierung der tatsächli-

chen Wahrnehmung entspreche. Dennoch werde man die Bilder künftig mit genaueren Daten versehen. Ohnehin kristallisierte sich heraus, dass den Bürgern die „Verspargelung“ der Landschaft weniger Sorgen bereitet denn der Lärm. Ein Bühlerländer monierte, erst von einer privaten Bürgerinitiative über aktuelle Fakten aufgeklärt zu werden, nicht von der Kom-

mune. Bürgermeister Braun konstatierte, der Stand der Planungen zur Windkraft sei seit 2012 in öffentlichen Gemeinderatssitzungen dargelegt worden – bei bisher überaus geringem Bürgerinteresse. Eine Bürgerin appellierte an die Entscheidungsträger, bei ihrem Beschluss an die Bühlerhöhe und konkret an die rund 140 Arbeitskräfte der Max Grundig Klinik zu

denken, deren Zukunft völlig unsicher sei, wenn sich in unmittelbarer Nähe WKA befänden. Auf die Frage, was der Einzelne tun könne, um sich zu wehren, sagte Gernsbeck: „Sich ans Rathaus wenden; mit Freunden und Gemeinderäten sprechen.“ Von Loga verwies auch auf die Möglichkeit, sich der Initiative auf ihrer Homepage als Unterstützer anzuschließen – wie schon

mehr als 1 000 Bürger. Gernsbeck stellte auf Nachfrage klar, man werde gegebenenfalls gegen eine Ausweisung der Flächen klagen: „Wir sind willens, das auch zu bezahlen.“ Die Befürchtung, Investoren könnten Windräder auf Privatgrundstücken installieren, ist laut Karl Maier eher unbegründet, da die Kommune entsprechende Bauanträge verhindern kann. Eine weitere Frage lautete, warum man auf der Hornisgrunde nicht mehr Räder aufstelle, weit entfernt von Siedlungen und aufgrund der Lage wirtschaftlich rentabler. „Weil Achern das nicht will“, so Gernsbecks Antwort.

Betroffenheit unter den Bürgern

Besucher der Veranstaltung zeigen sich überrascht über das dargelegte Szenario